

JOHANNES MESSNER

Die Leistungsgesellschaft: Problematik, Prognostik, Programmatik

Jede fortgeschritten arbeitsteilige, marktwirtschaftlich oder zentralwirtschaftlich gesteuerte Wirtschaft eines politisch geeinten Volkes macht dieses zu einer Leistungsgesellschaft. Wirtschaften als Verwendung der verfügbaren Naturgüter und Arbeitskräfte zur hinreichenden Deckung des Lebens- und Kulturbedarfes ist untrennbar von Leistung, wenn die Tatsache der Knappheit der Produktionsfaktoren im Verhältnis zu den Befriedigung suchenden Bedürfnissen feststeht. An dieser Tatsache kann nur zweifeln, wer seine Augen vor der ihn umgebenden gesellschaftlichen Wirklichkeit und vor der Lage der zu zwei Dritteln unter dem physischen und kulturellen Existenzminimum lebenden Menschheit verschließt. Das für die Leistungsgesellschaft maßgebende Leistungsprinzip besagt, daß Einkommen aus dem Ertrag des volkswirtschaftlichen Leistungsprozesses nur auf Grund produktiver Leistung bezogen werden soll oder, wie Artikel 118 der Verfassung der UdSSR sich ausdrückt, »die Quantität und Qualität« der Arbeitsleistung Maß des Einkommens ist. Die freiheitliche Gesellschaft hat sich zur Herstellung dieses Zusammenhanges von Leistung und Einkommen den Leistungswettbewerb geschaffen und dies vor allem aus dem Grunde, weil nur durch den Leistungswettbewerb, eben wegen dieses Zusammenhanges von Leistung und Einkommensinteresse, ein Maß von Leistungen gewährleistet wird, das für die Erfüllung des Sozialzweckes der Wirtschaft erforderlich ist. Dieser Sozialzweck besteht in der Deckung des Lebens- und Kulturbedarfes des politisch geeinten Volkes mit den ihm verfügbaren knappen Naturgütern und Arbeitskräften. Daß sich die freiheitliche Gesellschaft dem Leistungswettbewerb zur Durchsetzung des Leistungsprinzips unterwirft, versteht sie als Vernunftgebot, wenn der Sozialzweck der Wirtschaft erreicht werden soll.

Der Leistungswettbewerb hat somit auch nur die Stellung eines Mittels, er ist kein Selbstzweck. Er ist kein Selbstzweck, auch wenn er der gesellschaftlichen Naturordnung angehört, soweit für diese die Menschen-

rechte, darunter Gewerbefreiheit, Vertragsrecht und Privateigentumsrecht konstitutiv sind. Weil er Mittel im Dienste des Sozialzweckes der Wirtschaft ist, wird dieser selbst maßgebend für die Ordnung des Wettbewerbes. Die Sorge für diesen seine Sozialfunktion erfüllenden Wettbewerb ist Ordnungsaufgabe der für das Gemeinwohl Verantwortlichen. Das sind vor allem der Gesetzgeber und die Regierung, aber auch die Produzenten und Konsumenten. Die Übernachfrage der Konsumenten auf Kosten der Sparleistung der privaten Haushalte und der für das Maß volkswirtschaftlicher Produktivität ausschlaggebenden Kapitalbildung wirkt sich mit ihrem inflationistischen Effekt gegen die Stabilität der Kalkulationsgrundlagen aus, auf die die Marktwirtschaft zur Erfüllung ihrer Funktion angewiesen ist. Eine besondere Verantwortung für den seine Sozialfunktion erfüllenden Wettbewerb kommt den Produzenten zu. Die freiheitliche Gesellschaft ist kraft der oben genannten für diese konstitutiven Freiheiten und Rechte Unternehmerwirtschaft. Für diese ist das Privateigentum und die Privatinitiative im Entscheidungsprozeß wirtschaftlichen Handelns bestimmend unter Ausrichtung an dem Leistungswettbewerb. Daß dieser mit seiner Selektionsfunktion hinsichtlich des Bestandes und Ertrages des Einzelunternehmens für den Unternehmer unangenehm ist, dürfte niemand bestreiten. Verständlich, daß die Unternehmer es leichter haben möchten und vielfach bereit sind, die als Wettbewerb wirksam werdende Freiheit auf dem Wege der Vereinbarung einzuschränken oder auszuschalten. Aber um der Sozialfunktion des Wettbewerbes, also um des wirtschaftlichen Gemeinwohls willen muß die Unternehmerschaft zu der im Leistungswettbewerb sich verwirklichenden Freiheit gezwungen werden. Es geschieht durch die Vorsorge des Gesetzgebers für die Erhaltung des Leistungswettbewerbes, wie sie in allen Industriegesellschaften, gewiß mit verschiedenem und wechselndem Erfolg, besteht.

Die Inhaltsbestimmung des wirtschaftlichen Gemeinwohls hinsichtlich der im einzelnen zu befriedigenden Bedürfnisse geschieht durch den Markt, ist also nicht Sache des Gesetzgebers. Der Wettbewerb ermöglicht es, daß die Menschen selbst ihre Bedürfnisse, Wünsche und Interessen zur Geltung bringen und als Konsumenten den Produzenten durch die Nachfrage ihre Aufträge erteilen. Jedermann weiß, daß die Produzenten dem Konsumenten vorzuschreiben und durch Werbung einzureden versuchen, was seinen Interessen am besten entspricht. Das hindert nicht, daß der Konsument, wenn er will, sich durchzusetzen vermag. *J. K. Galbraiths* jüngste Entdeckung, daß an die Stelle der Souveränität der Konsumenten die Souveränität der Produzenten getreten

sei, ist weder neu noch haltbar. Die Produzenten, mag die Macht der nationalen und multinationalen Konzerne in noch so grellen Farben geschildert werden, müssen sich nach den Konsumenten richten, wenn diese wollen. Schon allein die Notwendigkeit der Marktforschung der Unternehmen jeder Größe beweist dies. Wie wenig neu die Entdeckung der Souveränität der Produzenten ist, zeigt ein Blick auf die Berichte der Jahrestagungen des »Vereins für Sozialpolitik« aus den zwanziger Jahren. Dort würden auch die auf die Kategorie »Spätkapitalismus« Eingeschworenen ihre Überraschungen erleben. Wenn wie hier von Marktwirtschaft und die dadurch bedingte Leistungsgesellschaft die Rede ist, kann selbstverständlich davon nur »idealtypisch« im Sinne von *Max Webers* sozialwissenschaftlicher Erkenntnislehre gesprochen werden. Das idealtypische Modell funktioniert in Wirklichkeit nur mit Abstrichen, weil im Gegeneinander der Interessen die Gruppen und einzelnen sich auf längere oder kürzere Zeit Vorteile zu sichern vermögen, die nicht auf produktiver Leistung beruhen. Keineswegs sind aber nur wirtschaftliche Interessen in der Interessendynamik der Leistungsgesellschaft am Werk, sondern auch soziale. Großgruppen setzen sich, gerade auf Grund der durch die Marktwirtschaft gebotenen Möglichkeiten, wozu auch der Streik gehört, durch. Nur als Leistungsgesellschaft kann sie »soziale Marktwirtschaft« sein, und nur je voller ihre wirtschaftliche Leistungskraft ist, ist die weitere Entwicklung ihrer sozialpolitischen Leistungskraft verbürgt.

Leistungsgesellschaften sind auch die vollsozialistischen Gesellschaften. Der zu erzielende Leistungserfolg wird zentral geplant, ebenso die daraufhin mögliche Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Leistungen. Warum entscheidet sich die freiheitliche Gesellschaft für die unter Konkurrenzdruck stehende Leistungsgesellschaft? Erstens weil ihre Angehörigen überzeugt sind, selbst am besten zu wissen, was ihre Bedürfnisse nach Art und Menge sind, sie daher selbst die Befriedigung ihres Bedarfes durch die Nachfrage planen wollen, also nicht glauben, daß zentrale Planungsbehörden besser wissen, was ihren Wünschen und Interessen entspricht; zweitens weil sie überzeugt sind, daß die vielen Tausende von freien Unternehmern mit ihrer vom Gewinninteresse geleiteten Initiative viel besser den Interessen der Bevölkerung an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern dienen als eine allmächtige Bürokratie es mit noch so vielen Statistiken und Computern vermag. Der Vergleich der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Leistungskraft der freiheitlichen und der vollsozialistischen Volkswirtschaft, die sich am Lebensstandard abzeichnet, spricht für die erstere.

Klarerweise stellt sich damit die Frage nach dem tieferen Zusammenhang von Privateigentum, Interesse, Leistung und Sozialzweck der Wirtschaft. *A. F. Utz* erinnerte jüngst (*Die politische Meinung*, 17, 1972) daran, daß nach der Eigentumslehre von *Thomas von Aquin* »die irdischen Güter nicht für den Besitz, sondern für die Leistung im Sinne der persönlichen Entfaltung aller bestimmt sind« und »er der Überzeugung war, daß der Leistungswille des Menschen sowohl hinsichtlich der Investition wie auch der Arbeit und der zwischenmenschliche Friede am besten garantiert seien, wenn die Güter in privatem Besitz und in privater Verwaltung sind«. *Thomas'* Argument sei empirisch, insofern das tatsächliche Verhalten der Menschen im Umgang mit den Gütern und auch im gegenseitigen Zusammensein untersucht werde; die kommunistische Besitz- und Verwaltungsweise habe er vor allem aus der philosophischen Einsicht abgelehnt, daß das konkrete Wertempfinden der Menschen sehr verschieden ist und sich darum auch im Umgang mit den Gütern sehr verschieden auswirkt. Wichtig erscheint *Utz'* Hinweis, daß, was konkret echte Bedürfnisse sind, angesichts der Knappheit der Güter nur in Bezogenheit auf den Leistungswillen zu bestimmen ist. »Zur Konkretisierung der allgemein apriorisch gültigen Forderung, die Güter zur Bedarfsdeckung aller zur Verfügung zu stellen, müssen wir also den Leistungswillen der faktisch lebenden Menschen ermitteln. Und zwar muß es sich um einen Leistungswillen handeln, der engstens mit der spontanen Interessenlage der Individuen verbunden, also nicht erzwungen ist.« *Utz* kommt zum Schluß: Die in der seelischen Verfaßtheit des Menschen gelegene Verbindung von individuellem Interesse und Leistungswillen verlange den Einbau des privaten oder persönlichen Interesses als Grundregel der gesellschaftlich-sittlichen Ordnung, das Privatinteresse aber verlange die Fundierung im privaten Eigentum.

Mit all den vorangegangenen Überlegungen haben wir uns immer schon im Bereich der Anthropologie bewegt. Leistung und Leistungsgesellschaft sind im Grunde anthropologische Probleme, zu beurteilen vor allem nach dem, was die Menschen im Durchschnitt für ein lebenswertes Leben ansehen. Daher geht die unseren Überlegungen zugrunde liegende Anthropologie nicht von metaphysischen Positionen aus, vielmehr soll möglichst unmittelbar die menschliche Erfahrung selbst sprechen. Wie kein anderes Lebewesen ist der Mensch nur er selbst im Lebensrhythmus von Leistung und Entspannung. Aus mehreren Gründen ist Leistung die Voraussetzung für seine Selbstachtung. So deswegen, weil er in seiner Leistung und ihrem Ergebnis seine Kräfte prüft, aber

auch deswegen, weil er sich durch Leistung von seiten der Gesellschaft bestätigt sehen will. Von größter Bedeutung ist aber anthropologisch, daß der Mensch zum Unterschied von allen anderen Lebewesen ein schöpferisches Wesen ist, das in der schöpferischen Entfaltung seiner Kräfte erst wirklich sich selbst und sein vollmenschliches Sein findet. Dabei ist nicht nur an künstlerische und literarische Kreativität zu denken, sondern an die ganze Welt der Werte, die dem Menschen zu erkennen und zu verwirklichen im Bereich der Persönlichkeit und der Kultur einschließlich der Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft aufgegeben ist.

Die anthropologische Tatsache, daß ein lebenswertes Leben für den Menschen durch gemeinschaftsbezogene Arbeit und Leistung bedingt ist, fand grausame Bestätigung in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit, wo in den Vereinigten Staaten 12 Millionen, im damaligen Deutschland 6 Millionen Arbeitsfähige und Arbeitswillige der Leistungschance beraubt waren. Nicht weniger bitter als der Ausfall des gesicherten ausreichenden Einkommens bedrückte sie die über Jahre sich erstreckende Arbeitslosigkeit wegen der Frustration infolge des Bewußtseins, statt ein nützliches Glied der Gemeinschaft für diese eine Last zu sein, ja sich selbst zur Last zu sein ohne gesellschaftsunmittelbaren Lebenssinn. An jene Zeiten zu erinnern scheint wichtig, wenn das Augenmaß in der Beurteilung der sich mit der Frage der Leistungsgesellschaft stellenden Sozialproblematik gewahrt bleiben soll. Gesellschaftsveränderung mit der beabsichtigten Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Leistungswettbewerbes könnte ähnliche Folgen haben wie der ungewollte Ausfall von Leistungschancen jener Jahre. Die Systemgegner mit ihrer Feindschaft gegen das Privateigentum machen alle den Fehlschluß der Industriesoziologie von *Marx*: im Industriesystem werde das Privateigentum zur »gesellschaftlichen Macht« (Kommunistisches Manifest); seine Schlußfolgerung: daher muß das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt werden und darf es nur Gemeineigentum geben. Richtig ist, daß das Privateigentum nur Herrschaftsrecht über Sachen, nicht über Personen darstellt. Richtig kann daher nur die Schlußfolgerung sein: die gesellschaftliche Macht des Privateigentums ist auszuschalten, jedoch die Leistungskraft der Volkswirtschaft und daher das dafür ausschlaggebende Privateigentum an den Produktionsmitteln ist zu erhalten. Kein mit der Soziologie des Industriesystems Vertrauter wird sich diese Aufgabe als leicht vorstellen. Wer jedoch die heutigen Möglichkeiten der Wirtschafts-, Sozial-, Konjunktur-, Verteilungs- und Steuerpolitik, der Ar-

beitsmarktmacht der Gewerkschaften und der Warenmarktmacht der Konsumgenossenschaften, außerdem die gesamtwirtschaftlichen Leistungszusammenhänge und die für diese maßgebenden unerbittlichen Realfaktoren kennt, wer außerdem die kreative Dynamik menschlicher Einsicht und menschlichen Willens nicht zu gering einschätzt und im Vertrauen darauf progressiv genug denkt, daher an die Machbarkeit eines der Menschenwürde und der Gerechtigkeit besser entsprechenden Wirtschaftsprozesses glaubt, der wird nicht im Zweifel sein, daß, wenn wir wollen, der Weg zu einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft jenseits einer auf Kosten der Menschlichkeit gehenden, in Leistungshektik verfangenen Gesellschaft offen steht.

Weist man darauf hin, daß die kommunistischen Leistungssysteme nach der bisherigen 50jährigen Erfahrung weder das Leistungsdefizit ihrer Volkswirtschaften noch die Entfremdung der Arbeiterschaft zu überwinden vermochten, wird geantwortet, daß diese Systeme verfehlt eingerichtet seien und der »aufgeklärte« Marxismus andere Wege gehen werde. Nur wird nicht gesagt, wie man sich nach der Gesellschaftsveränderung unter Beseitigung des Privateigentums die Ertragssteigerung und überhaupt die Funktionsweise der Sozialwirtschaft vorstellt. Tatsache ist, daß alle kommunistischen Systeme mit Schwierigkeiten in der Erfüllung ihrer Leistungspläne zu kämpfen haben. In allen wurde auch die Erfahrung gemacht, daß das Gemeineigentum nicht weniger »gesellschaftliche Macht« bedeutet als das Privateigentum, ja eben dem totalitären Machtanspruch des Staates die eigentliche Garantie gibt. Außerdem ist die Frage zu beantworten: Warum geht die Arbeiterschaft der Industriestaaten auf die Zukunftsideen der intellektualistischen Gesellschaftsveränderer nicht ein? Weil sie weiß, daß auf die Sozialisierung der Produktionsmittel mit unausweichlicher Logik die Sozialisierung der Arbeit folgt, daher die freie Gewerkschaftsorganisation, die Tarifautonomie und das Streikrecht beseitigt werden, lauter grundlegende Menschenrechte der Arbeiterschaft.

Recht haben die Verfechter der Gesellschaftsveränderung, daß die fieberhafte Hektik der Leistungsgesellschaft einem wahrhaften Humanismus widerstreitet. Etwas anderes ist aber die Diagnose und Therapie einer Krankheit und die mutwillige Tötung des Kranken. Die freiheitliche Leistungsgesellschaft schlechthin und die Funktionsgrundlagen einer solchen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, beseitigen zu wollen, müßte alle Folgen der Gesellschaftsveränderung, die sich im Osten ergeben haben, nach sich ziehen. Allein der unvermeidliche Abfall der Lebenshaltung wäre sicher nicht im Interesse der Bevölkerung

im ganzen gelegen, vor allem auch nicht der sich für die Gesellschaftsveränderung begeisternden Intellektuellen. *Max Weber* konnte sarkastisch werden, wenn er auf die mit Sicherheit zu erwartenden Enttäuschungen der, wie er sich ausdrückte, »literatenhaften« Begeisterung Intellektueller für die vollsozialistische Gesellschaft zu sprechen kam. Gemeinhin liegt der Idee der Gesellschaftsveränderung unter Sozialisierung der Produktionsmittel der Glaube zugrunde, 1. daß der Staat nur von Gemeinwohl und Gerechtigkeit geleitet sein würde (während er Instrument der herrschenden Partei oder Gruppen wäre), 2. daß endlich die Intellektuellen eine maßgebende Stellung im geänderten System inne hätte (während sie tatsächlich in Gefängnisse oder zur Gehirnwäsche in Nervenheilstätten geschickt werden) und 3. daß der Staat in der Wirtschaftsführung alles besser machen würde. Zum letzten Punkt sollte der bedeutende, eher radikale Führer der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit und große Gegenspieler Seipels, *Otto Bauer* (*Der Weg zum Sozialismus*, 1919, 2. Aufl. 1947) gehört werden: »Wer soll die vergesellschaftete Industrie verwalten? Die Regierung? Durchaus nicht! Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrschte, dann würde sie dem Volk und der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig: Solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich. Und zugleich würde die Regierung die vergesellschafteten Produktionsmittel schlecht verwalten; niemand verwaltet Industriebetriebe schlechter als der Staat.« Seine Idee war die wirtschaftliche Selbstverwaltung. Das jugoslawische Beispiel der Selbstverwaltungswirtschaft ist allerdings nicht ermutigend: die Lebensbedingungen sind niedrig, die Arbeitslosigkeit hoch, viele Hunderttausende müssen im Ausland Arbeit suchen. Erstaunlich, daß *R. Garaudy* (*L'Alternative*, Paris 1972) die Arbeiterselbstverwaltung, basiert auf Arbeiterräte in den Betrieben, als Alternative zu Kapitalismus und Unternehmerwirtschaft anbietet, ohne sich mit den Funktionsmängeln des jugoslawischen Experiments auseinanderzusetzen.

An zunächst eher harmlos erscheinende Gesellschaftsveränderung glauben heute Gruppen von Jugendlichen und ewig Jugendlichen in den Industriegesellschaften. Ihre einfache Lebensphilosophie ist das *dolce far niente*, der, woran der Ausdruck erinnert, schon immer in wärmeren südlichen Ländern kleinere Kreise von gesellschaftlichen Außenseitern anhängen. Heute zählen zu den Anhängern dieser Lebensphilosophie die sich in allen Industriegesellschaften findenden Hippies und Gammeler. Soziologen und Psychologen attestieren ihnen, daß ihre Lebensformen als Protest gegenüber den Repressionen und Zwängen der Lei-

stungsgesellschaft zu verstehen seien, in der sie sich ausgesetzt und ohne Geborgenheit fühlen und in deren Maßlosigkeit der Mensch sich selbst preisgeben und zu verlieren gezwungen sei. Nicht erwähnt wird, daß nur durch die Leistungsgesellschaft die so geartete Emigration aus dieser ökonomisch ermöglicht wird. In wachsenden Zahlen suchen andere Jugendliche in einer durch Drogen geschaffenen Bewußtseinerweiterung und Scheinwelt eine Daseinsbeglückung. Diese Art der Selbstflucht droht zu einer der schwierigsten Formen der Sozialproblematik zu werden. Die Härte des Leistungsanspruches der Gesellschaft mag vielleicht tatsächlich für manche die Ursache dieser Selbstflucht bilden, im ganzen aber dürfte ein Erziehungs- und Unterrichtssystem verantwortlich zu machen sein, das den jungen Menschen zu wenig mit den im eigenen Selbst gelegenen Voraussetzungen eines lebenswerten Lebens vertraut macht, dagegen ihn auf die Einpassung in die Gesellschaft mit ihren Erfolgs- und Leistungswertungen schult. Als erster hob *Max Scheler* (Zur Rehabilitierung der Tugend) kulturkritisch vor dem Ersten Weltkrieg hervor, daß im Zeitalter der Arbeit und des Erfolges die »Tüchtigkeit« als ranghöher gegenüber der Tugend gelte, wogegen Tugend als »lebendiges Machtbewußtsein zum Guten ganz persönlich und individuell ist«. Sein eigenes ganzes Selbst als Mensch zu werden, ist die fundamentale Leistungsanforderung an einen jeden. Pflanzliche und tierische Lebewesen gelangen, außer in sehr widrigen Umständen, von selbst zu der Wirklichkeit, die zu sein sie bestimmt sind. Für den Menschen ist die Selbstverwirklichung eine Aufgabe seiner Selbstbestimmung. In der Selbstverwirklichung besteht seine erstwichtige aber auch ureigenste Leistungsaufgabe, gleich wichtig für seine individuelle wie seine gesellschaftliche Existenz. »Selbstverwirklichung« ist heute ein vielgebrauchter Ausdruck, bleibt jedoch zu oft ohne genauere Inhaltsbestimmung. Hier soll im Sinne einer unverkürzten Anthropologie Selbstverwirklichung des Menschen verstanden sein als die seiner Verantwortung aufgetragene, gemäß den in seinen seelischen und leiblichen Anlagen erkennbaren Sinnzielen zu erreichende allgemeinemenschliche wie kulturbedingte Lebenserfüllung. In nichts anderem als in der dem Menschen seine Selbstverwirklichung abfordernden sittlichen Verantwortung beruht die Würde des Menschen und beruhen die Menschenrechte als der durch die Gesellschaft dem Menschen zu gewährleistende Freiheitsraum zu dem seiner sittlichen Verantwortung entsprechenden Handeln oder, in der Ausdrucksweise von *Gustav Radbruch* (Einführung in die Rechtswissenschaft, 9. Aufl. 1952, 38 f.), »um sittliche Pflichterfüllung zu ermöglichen«. Die für seine individuelle wie für

seine gesellschaftliche Existenz grundlegenden Sinnziele der Lebens-
erfüllung sind die humanen Werte. Daher besteht die Selbstverwirk-
lichung des Menschen in Haltungen und Verhaltensweisen gemäß der
den humanen Werten entsprechenden einzelmenschlichen und gesell-
schaftlichen Lebensordnung. Zu der in Frage stehenden persönlichen
Leistung gehört es, sich das der Selbstverwirklichung Widerstreitende
versagen zu können und sich das sie Fördernde auch gegen das sich
meldende Widerstreben abzurufen. Diese Grundhaltung nennt die
Ethik die Selbstbeherrschung. Sie ist klarerweise persönliche Leistung,
wozu Erziehung (Familie, Schule) nur wegweisende Hilfe bieten kann.
Wenn der Selbstbestimmung des heranwachsenden Menschen für seine
Selbstverwirklichung eine entscheidende Rolle zukommt, kann die
Auffassung der Erziehung des Menschen als Sozialisation nur bedingt
richtig sein. Auch bestehen Bedenken gegen den Begriff der Sozialisation
aus dem Grunde, weil er nicht ersehen läßt, daß die gesellschaftlich vor-
dergründige Wertwelt (der dritte Erziehungsfaktor) dem Zugang zu
solcher Selbstverwirklichung im Wege stehen kann, außerdem weil der
Begriff der Sozialisation auch die Erziehung zu Leistungseignung und
Leistungswilligkeit nach Wertmaßstäben einbegreifen kann, die von
privaten oder kollektiven Mächten stammen und darauf abzielen, den
Menschen deren Interessen dienstbar zu machen. Daß das in der Lei-
stungsgesellschaft geschieht, gibt der Kritik an ihr ein Maß der Berech-
tigung.

Denn die Leistungsgesellschaft, die zur Kritik herausfordert, ist die
Gesellschaft, in der die wirtschaftliche Leistung weithin Maß und Ziel
des Menschen geworden ist. Nach dem, was er wirtschaftlich leistet,
schätzt die Gesellschaft seinen Wert ein. Diese Wertung ist Sache der in
Geldrechnung erfolgenden Kalkulation. Bleibt seine Leistung im Wirt-
schaftsprozeß in der Kostenrechnung unter der mit dem Konkurrenz-
druck gegebenen Grenze, wird er abgeschrieben. Er wird zwar an die
Sozialversicherung zur wirtschaftlichen Existenzsicherung überwiesen,
aber ein unmittelbarer Zusammenhang seiner gesellschaftlichen Leistung
und seinem Ruhegenuß besteht nicht. Wenn seine wirtschaftliche Lei-
stungsfähigkeit versagt, behält er meist seinen privaten Freundes- und
Bekanntnenkreis, im ganzen aber wird er sich an ein Dasein quasi im
Ausgedinge neben dem in seiner wirtschaftlichen und politischen Dyna-
mik weitergehenden Leben der Gesellschaft zu gewöhnen haben. Aus-
nahmen gibt es, jedoch hauptsächlich nur im nichtwirtschaftlichen Lei-
stungsbereich, zu dem Schriftsteller, Schauspieler, Kunstschaffende aller
Art gehören, deren Kreativität auch in fortgeschrittenem Alter noch oft

hohe gesellschaftliche Wertung zuteil wird. Daß aber das Ausscheiden aus dem wirtschaftlichen Leistungsprozeß für eine heute schon sehr große und rasch wachsende Zahl mit dem Gefühl der Frustration und der Vereinsamung verbunden ist, erweist sich mehr und mehr als Sozialproblematik der schon nahen Zukunft.

Die Kritik am Leistungsindustrialismus ging nicht von *Marx* aus. Seine Kapitalismustheorie ist befaßt mit den Entwicklungsgesetzen des Industriesystems und mit der durch sie bestimmten unausweichlichen Revolution des Proletariats. Die Kritik am Leistungsindustrialismus erfolgte zuerst durch die Kulturphilosophie. *Nietzsche* und *Max Scheler* waren die bedeutendsten Erwecker, nicht zu vergessen die christlichen Sozialreformer. Die kritischen Stimmen fanden aber in dem bis zum Ersten Weltkrieg herrschenden Fortschritts- und Kulturoptimismus kein Gehör. Heute wendet sich nicht nur die Kultur- und Sozialkritik gegen exzessive Wirtschafts- und Wohlstandserwartungen, auch immer mehr Vertreter der Wirtschaftswissenschaften und die Politikwissenschaften beginnen zu warnen. Inzwischen hat sich aber schon eine Art von Automatik der Wirksamkeit des Leistungsprinzips entwickelt. Eine Reihe von Ursachen sind dafür zu nennen. Die Vollbeschäftigungstheorie von *Keynes*, die statisch gedacht und auf die Erhaltung der Marktwirtschaft abgestellt war, wurde in eine dynamische Theorie des Wirtschaftswachstums umgedeutet mit der Schaffung von Kaufkraft als den für eine wachsende Wirtschaft maßgebenden Faktor. Eine Folge dieser Fehldeutung ist die Inflation, die ihrerseits wie ein Beschleuniger in der Überspannung des Leistungsprinzips wirksam wurde. Von der Inflationswelle ließ sich die Wirtschaft tragen, Nationalökonomien gaben ihren Segen dazu mit dem Hinweis, daß das in Gang gekommene Wirtschaftswachstum eben seinen Preis verlange, über den sie mit dem Ausdruck »säkulare Inflation« das Wesentliche gesagt zu haben glaubten. Die Unternehmen und Manager schützen nur zu gern Lohnkostenerhöhungen als Grund für höhere Preise vor, statt sich stärker zu bemühen, durch Rationalisierung einen Ausgleich zu schaffen. Stärkste Antriebskräfte der inflationistischen Entwicklung gehen von dem Entscheidungsmechanismus der freiheitlichen Demokratie aus: Die Parteien konkurrieren miteinander in Versprechungen eines Wirtschafts- und Wohlstandswachstums. Mit der auch nur teilweisen Einlösung ihrer Versprechen geht nicht nur eine dauernde inflationistische Überbeanspruchung des Sozialprodukts einher, sondern wird auch die Leistungsdynamik der Volkswirtschaft immer weiter einer inflationistischen Überspannung ausgesetzt. Eine Folge ist die defizitäre staatliche und

kommunale Haushaltspolitik, die mit zu einem stärksten Faktor im inflationistischen Triebwerk der Volkswirtschaft wird.

Nicht gering zu veranschlagen für die Intensivierung des Leistungsprozesses der gesellschaftlichen Wirtschaft ist das weithin beherrschende Bewußtsein der mit der Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik dem Menschen möglich werdenden Machbarkeit von allem, was in seinem Interesse liegt. Kennzeichnend für dieses Bewußtsein ist der Perfektionismus im Produktions- und Konsumprozeß aller Gebiete. Dazu kommt das Gefühl des Titanenhaften, das in der puren Größe von wirtschaftlichen Unternehmungskomplexen, Produktionsstätten und Produktionsziffern (Stahl, Autos) als symbolhaft für den Status des Menschen und sein Können anzusehen zur Selbstverständlichkeit wurde. Hierher gehört auch die immer wieder erregende Erfahrung, zu beobachten, wie ein Einzelner ohne besonderen Kraftaufwand einen Maschinengiganten mit ein paar Hebelzügen oder Druckknöpfen unter seiner Herrschaft hat wie etwa eine Großlokomotive, eine Riesemaschine für Rotationsdruck von Zeitungen und Büchern, ein Flugzeug, einen schweren, nur einen einzigen Mann beschäftigenden Lastwagen mit Riesenkran und Greifzange zur Verladung von Baumstämmen als wären es Zündhölzer, und was die gewaltigen technischen Werkzeuge sonst sind, die sich der Mensch schuf. Dazu die Mondfahrten, die mit äußerster Präzision ihre Aufgaben erfüllen und ihr Hochleistungsvermögen die Menschheit auf dem ganzen Erdkreis miterleben lassen, auch die Forschungssonden, mit denen der Mensch hunderte Millionen Kilometer bis zu den Nachbarplaneten vordringt. Mit diesen und den unzähligen anderen Wunderwerken der Technik rang sich der Mensch ein vor dem Zweiten Weltkrieg noch unvorstellbares Ausmaß von Leistungspräzision und Leistungsdisziplin ab.

Diese Arbeitsdisziplin ist es, die heute Gegenstand der Anklage ist. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung der die Industriegesellschaft kennzeichnenden Arbeitsdisziplin zeigt überraschenderweise die von *Max Weber* erstmals als Ausgangspunkt dieser Entwicklung erwähnte Lebensordnung des mittelalterlichen Klosters. Sie erscheint um so eindrucksvoller, wenn man die (von *Weber* nicht erwähnte) Zahl der Angehörigen der damaligen Klostersgemeinschaften mit ihren sehr oft mehreren hundert bis tausend Mitgliedern im Auge behält. *Weber* (*Wirtschaftsgeschichte*, 1923, 311) sagt: »Der Mönch ist der erste in jener Epoche rational lebende Mensch, der methodisch und mit rationalen Mitteln ein Ideal anstrebt, das Jenseits. Nur für ihn gab es Glockenschlag, nur ihm sind die Tagesstunden eingeteilt zum Gebet. Die

Wirtschaft der klösterlichen Gemeinschaften war *die* rationale Wirtschaft.« Die puritanische »innerweltliche Askese«, der *Weber* so große Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung zumißt, ist ohne die klösterliche nicht zu denken, läßt er doch selbst geradezu den Sinn der Reformation durch den zeitweilig lutherischen Prediger *Sebastian Frank* »vollständig richtig« deuten in dessen Worten: »Du glaubst, du seiest dem Kloster entronnen, es muß jetzt jeder sein Leben lang ein Mönch sein.« In der Klosterwirtschaft sei die für den Übergang zum Kapitalismus maßgebende Buchführung entstanden. Weil nur der Okzident die rationale Dauerunternehmung, die rationale Buchführung mit Geldrechnung und Kapitalrechnung, rationale Wissenschaft (*Weber*: methodisch grundgelegt durch Philosophie und Theologie) und rationale Technik entwickelt habe, konnte da das rationale Wirtschaften entstehen, jedoch nicht ohne »die Rationalisierung der Lebensführung, das rationale Wirtschaftsethos«. Der religiöse und kulturelle Sinn der Arbeit stehen so nebeneinander. Für die überdynamische Leistungsgesellschaft ist die Wiedergewinnung des Kultursinnes der Arbeitsleistung aller Formen im Wirtschafts- und Lebensprozeß der Gesellschaft vordringliches Ziel. Damit sind wir wieder auf die anthropologische Grundfrage der Problematik der Leistungsgesellschaft gestoßen.

Was ist der Kultursinn der Arbeit? Die Beantwortung dieser Frage hängt vom Begriff der Kultur ab. Er führt unmittelbar an den Punkt einer der verhängnisvollsten Fehlschaltungen in der neuzeitlichen gesellschaftlichen Bewußtseinsentwicklung heran. Ein Kulturbegriff wird bestimmend, der die Kultur auf die geistigen Wertbereiche einengt und die Wirtschaft einem wertniedrigeren Bereich zuordnet, wenn nicht überhaupt als etwas Unterkulturelles abwertet. Das ist die Haltung von großen Kreisen von Intellektuellen, die sich als geistig Engagierte verstehen. Keineswegs sind es nur Angehörige der Neuen Linken, vielmehr waren es schon lange vor ihnen Christen in allen Lagern, die in einer fehlverstandenen christlichen Lebensauffassung gegenüber der »materiellen« Welt der Wirtschaft einen Trennungstrich zogen. Die Revision des verengten Kulturbegriffes ist nach dem Zweiten Weltkrieg in Gang gekommen. Bahnbrechend wirkten die Anthropologie und Ethnologie. Der vielgerühmte Biologe und Sozialanthropologe *Adolf Portmann* (*Natur und Kultur im Sozialleben*, 1946) nennt die Kultur den »Naturzustand des Menschen« zum Unterschied vom Tier; darum gehören das Werkzeug, das Zündholz, der Schuh, der Pflug, kurz die Wirtschaft nicht weniger zur Kultur als die Konzertsäle, die Universitäten, die Museen, die Bibliotheken. Einer der bekanntesten amerika-

nischen Ethnologen, *Clyde Kluckhohn*, sagt es kurz (*Mirror of Man*, 1950): »Ein bescheidener Kochtopf ist ebenso ein Kulturprodukt wie eine Beethovensonate.« Weil die Kultur für den Menschen Natur ist, kann nur ein universaler Kulturbegriff der anthropologischen Wirklichkeit genügen, einer, der alle Lebensäußerungen und Lebensbereiche des Menschen umfaßt, also Gesellschaftsordnung, Staat, Recht, Wirtschaft, Technik nicht weniger als Kunst, Literatur, Wissenschaft, Philosophie, Religion. Viele andere Stimmen könnten zur Revision des Kulturbegriffes erwähnt werden. Nur *Theodor Geiger* (*Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft*, 1949) sei noch erwähnt, der von dem »hoffnungslos veralteten Dualismus der ›geistigen‹ und ›materiellen‹ Kultur« spricht. Kultur ist demnach die gesellschaftlich-geschichtliche Form der Lebensentfaltung eines Volkes (wozu gerade unter anthropologischem Gesichtspunkt mit Betonung anzufügen ist) mit dem Grundziel der Persönlichkeitsentfaltung seiner Glieder durch Anteilnahme an dieser Lebensentfaltung auf den einzelnen Lebensgebieten.

Der Gedanke, der mit diesen Hinweisen betont werden soll, ist, daß die Kultur nicht nur Sache des engeren geistigen Bereiches ist, sondern ebenso des persönlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Alltags. Gleich ist zu sehen, daß die Art und Weise der Beschaffung der Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen, wie schon die Gestalt der Bedürfnisziele selbst verräterisch sind hinsichtlich der Kultur der Industriegesellschaft. Nach beiden Seiten legt sich die Leistungsgesellschaft von heute der Kritik offen. Ihr Verhaftetsein an Wohlstandswerte und Scheinbedürfnisse ist zum guten Teil schlechthin Unkultur, noch dazu angesichts der unter dem physischen und kulturellen Existenzminimum lebenden zwei Dritteln der Menschheit. Das Wohlstandswachstum wurde in den Industriegesellschaften weithin Lebenssinn, daher das Wirtschaftswachstum zum beherrschenden Ziel des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Mit den so sich steigernden Erwartungen schreibt sich die Gesellschaft die für ihre Erfüllung gebotene Leistung als das systembeherrschende Gesetz vor. Die Kulturwidrigkeit der Bedarfsüberzüchtung hat die Kulturwidrigkeit der Leistungsforderung zur Folge.

Logischerweise müßten die Kritiker der Leistungsgesellschaft bei sich selbst mit der Reduzierung ihrer Einkommenserwartungen und Bedarfsgestaltung auf den nach den Wertmaßstäben für Persönlichkeits- und Gesellschaftskultur verantwortbaren Stand beginnen. Man hat von Beispielen solchen Verzichts nichts gehört. Vielmehr setzen diese Kritiker bei der Leistung an, von deren Zwängen der Mensch durch Gesellschaftsveränderung befreit werden soll. Schlechthin naiv ist *Herbert*

Marcuses Rezept: die bestehende Organisation der Arbeit sei überhaupt nicht mehr notwendig, »man kann viel besser und glücklicher leben, wenn man sich nicht zum Instrument der Arbeit macht« (in einem Streitgespräch mit Professor *Raymond Aron* im englischen *Thames* Fernsehen, 22. 6. 1972, Bericht darüber im sozialistischen *New Statesman*, 23. 6. 1972). Die Diskussion ging um die Frage der Möglichkeit demokratischer Freiheiten in einem vollsozialistischen System. Es war leicht zu zeigen, daß in keinem solchen System die Voraussetzungen dafür gefunden sind, daß Leute keiner Arbeits- und Leistungsorganisation unterworfen sind und infolgedessen besser und glücklicher zu leben vermögen. Näher der Wahrheit kam *Marcuse* mit der Behauptung, daß die Leistungsgesellschaft in Gefahr ist, »in ihrem eigenen Wohlstand zu ersticken«, stellte aber gleich wieder *Marx'* Lehre auf den Kopf mit der Behauptung, nach *Marx* sei im Schicksal des Kapitalismus der Wendepunkt dann gekommen, wenn das System die materiellen Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu befriedigen imstande sei. In Wahrheit sieht *Marx* diesen Wendepunkt erreicht, wenn infolge der Verelendung der Arbeitermassen diese für die Revolution reif seien.

Wenn vom Kultursinn der Arbeit die Rede ist, heißt das nicht nur, daß die Arbeit, die wirtschaftliche Leistung in einer der Würde des Menschen gemäßen Art und Weise erfolgen soll, sondern auch, daß der Mensch nur durch gesellschaftliche Arbeit und Leistung Kulturwesen sein kann. Wenn jede Familie in eigener Leistung ihre Bedürfnisse befriedigen wollte, würde der Mensch nie über einen primitiven Zustand hinaus sich zu entwickeln vermögen. Die Verbundenheit der Menschen dadurch, daß sie in Arbeitsteilung sich auf die Erstellung spezieller Güter und Leistungen spezialisieren und diese tauschen, ermöglicht das Vielfache dessen, was die Einzelfamilie für sich zu schaffen imstande wäre. Dies ist der anschaulichste Fall der Entstehung eines Gemeinwohls, das etwas ganz anderes und reicheres ist als die Summe der in Einzelleistungen zustande kommenden Erträge. Daher ist die Leistungsverbundenheit der Menschen mit dem Markt als Mittel des wirtschaftlichen Tauschverkehrs eine der wichtigsten Formen der Mitmenschlichkeit im Sinne der Abhängigkeit der Menschen voneinander für ihre Vollentwicklung als Kulturwesen. Anthropologisch ist es daher fragwürdig, in der mit der Leistungsverbundenheit einhergehenden Marktabhängigkeit des Menschen schlechthin Entfremdung des Menschen oder eine Kommerzialisierung der Gesellschaft zu sehen. Denn jede einzelne Leistung im ganzen der Volkswirtschaft erlangt dadurch ihre gesteigerte Effizienz, daß sie nicht für sich allein das Endprodukt herstellt, sondern

daß in jedes Endprodukt viele Leistungen eingehen. So in den Kraftwagen, der die Fabrik, und das Schiff, das die Schiffswerft verläßt. Aber auch der Handwerker, der Schuhe oder Schränke produziert, ist auf viele Vorleistungen angewiesen. Darum ist die Kulturgesellschaft notwendig Leistungsgesellschaft, ja bildet die Leistungsabhängigkeit der Gesellschaftsglieder voneinander eines der stärksten einigenden Bande. Dies ist jedenfalls die Meinung von *Thomas von Aquin*, der neben den gemeinschaftsbildenden Formen der Liebe den wirtschaftlichen Tauschverkehr als stärkstens (maxime) verbindende Vergesellschaftung bezeichnet (1.II.105.2 ob 3 u.c).

Weil der Mensch Kulturwesen nur in gesellschaftlicher Leistungsverbindung wird, ist seine Arbeitsleistung in der gesellschaftlich-kulturellen Leistungsverbundenheit sittliche Pflicht. Dies aus einem doppelten Grunde. Einmal, weil das für die Kulturentwicklung der Gesellschaft maßgebende Gemeinwohl und die dafür erforderliche Gesamtleistung ohne den Leistungseinsatz aller nicht in voller Höhe zu erreichen ist, zweitens weil die einzelmenschliche Persönlichkeitsentfaltung nicht gelingt ohne mitmenschliche Verbundenheit in Arbeit und Leistung. Die in Frage stehende Arbeit braucht nicht notwendig Erwerbsarbeit zu sein, kann aber auch nicht in bloß unterhaltender oder spielerischer Entspannung erfolgen. Der einzelmenschliche und gesellschaftliche Kultursinn der Arbeit wird nicht verwirklicht ohne Anspannung der Kräfte, ohne nachhaltige Hingabe an die »Forderung des Tages« (*Goethe*), ohne Opfer an persönliche Vorlieben, Stimmungen und Lustwerte. Will man mit *Alfred Marshall*, dem englischen Nationalökonom, oder mit der Arbeitspsychologie die mit der Arbeitsleistung verbundene Anstrengung und Entsagung als Arbeitsleid bezeichnen, so darf nicht übersehen werden, daß nicht nur die im industriellen Arbeitsprozeß notwendige abhängige Arbeit mit solchem Leid verbunden ist, was sehr weithin angenommen wird. Die Arbeit des künstlerischen Genius, der manchmal sehr schmerzlich um Gehalt und Form eines Werkes und dessen Ausarbeitung ringen muß, ist nicht weniger mit Arbeitsleid verbunden, ebenso die Arbeit des wissenschaftlichen Forschers, der durch viele Monate, sei es in Bibliotheken, sei es im Laboratorium arbeiten muß, bis er zu publikationsreifen Ergebnissen kommt. Ebenso wenig ist auszunehmen der unter Konkurrenzdruck stehende selbständige Unternehmer mit seiner Arbeit für Bestand und Zukunft seines Unternehmens.

Nicht überraschen kann, daß die radikale studentische Linke ihre Feindschaft gegen die Leistungsgesellschaft unmittelbar im Versuch

zum Ausdruck bringt, die Abschaffung des Leistungsprinzips im Hochschulbetrieb zu erzwingen. Daß die geforderten Änderungen des Lehr- und Prüfungswesens einen Abfall der Fachausbildung, die auf allen Gebieten der hochindustrialisierten Gesellschaft notwendig ist, zur Folge haben müßte und daher ein bedeutender Abfall der Versorgungslage der Bevölkerung in Kauf zu nehmen wäre, kümmert sie nicht. Denn sie vermögen nicht zu sehen, daß die Herstellung und Handhabung der hochwertigen technischen Arbeitsmittel der fortgeschrittenen Industriewirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte erfordert, daß daher Fachausbildung unerlässlich ist, diese aber Allgemeinbildung voraussetzt und beides auf den verschiedenen Schulstufen zu vermitteln später die Aufgabe derer sein wird, die heute sich darauf auf den Hochschulen vorbereiten sollen. Noch schwerwiegendere Folgen hat die Haltung dieser Studentenschaft, wenn sie jenes Grundziel aller Hochschulbildung sabotiert, von dem alles für eine menschlichere Zukunft der Gesellschaft abhängt. Dieses Ziel ist die verantwortungsbewußte Selbständigkeit im Denken und Urteilen, begründet auf den unbedingten Willen zur Wahrheit und zur Sachlichkeit in der Auseinandersetzung in den Fragen des öffentlichen Lebens. Gewiß, Hochschulbildung zielt auf Fachausbildung ab, aber noch viel mehr auf eine Intelligenz, eine Haltung der Intellektuellen, die sich dem ersten Grundsatz gesellschaftlicher Mitmenschlichkeit verpflichtet weiß: daß eine »vernünftige Diskussion immer möglich ist zwischen Partnern, die an der Wahrheit interessiert und bereit sind, einander aufmerksam anzuhören« (*K. Popper, The Logic of Scientific Discovery, 1962, 37; ders., The Open Society and its Enemies, 1963, Bd. 2 Kap. 24: The Revolt against Reason*). Die radikale Studentenschaft sabotiert diese Grundfunktion der Hochschule durch ihre ideologische Fixierung und die darauf begründete Aggressivität gegenüber den Funktionären der Hochschule im Dienste einer ideologieunabhängigen Selbständigkeit des Denkens und Urteilens in gesellschaftlichen Ordnungsfragen. Zu solchem Denken und Urteilen befähigt zu sein, liegt im Ureigensten des Menschen. In nichts anderem kann die Voraussetzung des neuen Humanismus gefunden werden, nach dem von allen Seiten gerufen wird. Ein solcher Humanismus könnte das Leistungsprinzip, weil selbst zu diesem Ureigensten gehörend, nicht verbannen, ihm aber den Rang in einem Wertsystem zuweisen, in dem Wohlstands- und Wirtschaftswachstum den diesem Ureigensten entsprechenden Platz erhalten. Daß ein Wandel im Wertsystem der bestehenden Leistungsgesellschaft im Gange sei, wird von verschiedenen Seiten diagnostiziert. Geradezu

überraschend war die Übereinstimmung von *Herbert Marcuse* und *Raymund Aron* am Ende der obenerwähnten Fernsehdiskussion: daß sich unzweifelhaft Wandlungen im heute gesellschaftlich dominierenden Wertsystem anzeigen. Beide waren der Meinung, daß sich andere Sinnwerte des Lebens als Wirtschafts- und Einkommenswachstum durchsetzen werden. Natürlich sehen die beiden die Ziele dieser Wandlung verschieden, *Marcuse* dachte an eine sozialistische Plangesellschaft, *Aron* an eine Gesellschaft mit Unternehmerwirtschaft. In den anthropologischen Voraussetzungen ihrer Zukunftshoffnungen gingen die beiden wesentlich auseinander. Während *Marcuse* einen Wandel der menschlichen Natur voraussehen wollte, lehnte *Aron* eine solche Annahme ab, verwies dagegen auf die der Natur des Menschen eigenen Möglichkeiten, aus der geschichtlichen Erfahrung und aus seinen heutigen Irrtümern zu lernen. In den USA mehren sich die Stimmen, daß sich die studentische Jugend auf andere als materielle Werte zu besinnen anfängt. Nicht mehr Erfolg, Karriere, Reichtum, Big Business stehen zu oberst in der Skala der Lebenswerte. Auch in Europa dürfte sich erweisen, daß wesentliche Teile der studentischen Generation, die nichts weiß von der Not der Zwischen- und Nachkriegszeit, sich nicht dauernd an Sinnziele halten werden, deren Absurdität sich immer stärker aufdrängt. Professor *Irenäus Eibe-Eibesfeld* vom Münchner Institut für Verhaltensforschung spricht von einem Vorstellungszwang, die Wirtschaft müsse immer und immer wachsen; dieser Zwang zeige so groteske Resultate, daß ein Land, »welches ohnehin übervölkert ist, dessen Flüsse kaum noch das verkraften können, was die Menschen an Abwässern erzeugen, und dessen Massenstädte unter einer enormen Luftverschmutzung leiden – daß dieses Land immer mehr Menschenmassen importiert, um das Wirtschaftswachstum immer weiter ansteigen zu lassen« (Interview mit »Presse«, Wien 29/30, 1972). Wer ist verantwortlich für diese Absurdität? Hauptsächlich das Gewinnstreben wie *Konrad Lorenz* Juli 1972 in München vor der Presse aus Anlaß der Veröffentlichung eines »Ökologischen Manifestes« zum »Schutz der Natur für den Menschen vor dem Menschen« meinte. In Wirklichkeit kann die Industriewirtschaft nur deshalb auf solche Profite abzielen, weil Konsumenten ihre Produkte kaufen. Kraftwagen, die durch ihre Abgase sehr beträchtlich zur Luftverseuchung beitragen, werden nur produziert, weil kaufkräftige Nachfrage danach besteht, genauso wie der Alkoholkapitalismus mit seinen Auswirkungen auf die Zahl der Verkehrsunfälle nur blühen kann, weil Alkohol gefragt und gekauft wird. Außerdem: Was sich viele Menschen an Leistungen über das

Wochenende mit ihrem PKW zumuten, bleibt sicher nicht zurück hinter den Leistungen, die ihnen unter dem Diktat der Technik im wirtschaftlichen Leistungsprozeß abgefordert werden.

Ja, sagen die Kritiker der Leistungsgesellschaft, das ist genau das Widersinnige dieser Gesellschaft, daß sie durch die Befriedigung unsinniger und unberechtigter Bedürfnisse und mit Hilfe der damit erzielten Profite und wirtschaftlichen Machtstellungen in Gang gehalten wird. Die Alternative könnte nur sein, daß der Gesellschaft von einer diktatorischen Planungsbürokratie gesagt wird, welche Nachfrage berechtigt ist und welche Produktion zugelassen wird. In dieser Gesellschaft kommen vor allem privilegierte Funktionärsschichten zu einem PKW, wobei schon gleich die Korruption mitspielt. Auch sieht solche Gesellschaftsveränderung zu sehr nach dem Glauben an den »weisen« Fürsten aus, der viel besser als seine Untertanen weiß, was für sie gut ist. Nun scheint aber doch ganz weitgehend Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß es besser ist, auf die eigene Vernunft zu vertrauen, auch wenn sie erst auf einem Umweg über trial and error zur Wahrheit findet und diese zur Verhaltensregel zu machen geneigt ist.

Das Gleichheitsprinzip, auf das sich die Gegner der Leistungsgesellschaft und Systemüberwinder berufen und wonach das Bedarfsprinzip an die Stelle des Leistungsprinzips treten soll, verstrickt sie erst recht in wirklichkeitswidrige Unlogik. Denn so sehr Verteilungsgerechtigkeit Ziel sozialer Reform ist, eines ist gewiß: die Volkswirtschaft war nie, kann nie und wird nie eine caritative Organisation sein mit dem Ziel einer vom Leistungsmaßstab absehenden Versorgung aller sich meldenden Bedürfnisse. Das zu bestreiten kann nur versuchen, wer den »Staat« als Allversorger der Zauberei für fähig hält. Der Staat hat aber keine anderen Hände als die seiner Bürger und kann nur verteilen, was diese mit ihren Leistungen erarbeiten. Die Romantiker der Gleichheitsidee müßten sich von *Marx* und von *Lenin* sagen lassen, daß es etwas Derartiges wie die individuelle Gleichheit des Menschen nicht gibt, weder physisch noch geistig. Die Gleichheit, die allein Gegenstand gesellschaftlicher Ordnung sein kann, ist die soziale Gleichheit. Darunter ist zu verstehen, wie auch die beiden Genannten es tun, eine soziale Stellung der Glieder der Gesellschaft, die nicht Ergebnis der Ausübung von gesellschaftlicher Macht von Menschen über Menschen, von Gruppen über Gruppen ist. Ein Irrtum ist es, den Weg zur sozialen Gleichheit in dem das Privateigentum beseitigenden Vollsozialismus zu suchen. Daß dies ein Irrtum ist, sollte seit *Milovan Djilas* Buch »Die neue Klasse« (1958) für ein sozialrealistisches Denken keine Frage mehr sein.

Der Irrtum der leistungswidrigen Gleichheitsidee tritt denn auch gerade bei der Lösung des Verteilungsproblems zutage. Denn in der vollsozialistischen Gesellschaft gilt das Prinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen (*Marx*, Kritik des Gothaer Programms, 1875). Zum Glück für die Sowjetmachthaber hat *Marx* eine Zwischenlösung für die Zeit des »Übergangs« von der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft vorgesehen. Demgemäß sagt Artikel 12 der *Verfassung der UdSSR* (1936): »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«, und Artikel 118 betont: »Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf Arbeit, d. h. das Recht zu gesicherter Arbeit und Bezahlung für ihre Arbeit nach ihrer Quantität und Qualität«. Dem Leistungsprinzip entspricht, für das unvoreingenommene Urteil, einer Forderung gleicherweise der Gerechtigkeit wie des Allgemeininteresses, auch einer Forderung des gesunden Menschenverstandes, der nur zu gut weiß, daß die Bedürfnisse unbegrenzt und die Menschen viel mehr geneigt sind, ihre Bedürfnisse anzumelden als ihre Leistungen bereitzustellen. Auf das Verhältnis von Leistung und Einkommen wirkte sich der erwähnte Artikel 118 zwei Jahre nach Erscheinen der Verfassung der UdSSR so aus, daß schon damals nach *J. Burnham* (*The Managerial Revolution*, 1942) in Rußland 11 bis 12 v. H. der Bevölkerung 50 v. H. des Nationaleinkommens bezogen, dagegen in den USA zur gleichen Zeit 10 v. H. der Bevölkerung ungefähr 35 v. H. des Nationaleinkommens. In der UdSSR gibt es keine Diffamierung des Leistungsprinzips und der Leistungsgesellschaft, sie würde nicht zugelassen werden. Daß aber die Arbeitsmoral nicht sehr hoch steht, dürfte daraus zu entnehmen sein, daß auf vielerlei Wegen daran gearbeitet wird, die Leistungswilligkeit zu heben. Das gilt für alle kommunistischen Staaten. Sie alle machen die Erfahrung, daß ihre Produkte auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig sind wegen der relativ hohen Kosten infolge des größeren Ausmaßes der in sie eingehenden »kristallisierten Arbeit« (*Marx*). Absichten, durch eine sozialistische Konkurrenz höhere Leistungen zu erzielen, haben bisher nicht zum Erfolg geführt. Der Beweis, daß Eigeninteresse und Leistungsbereitschaft ohne Privateigentum voll zu mobilisieren sind, wurde bisher nicht erbracht.

Für die westliche Industriegesellschaft ist die Diffamierung des Leistungsprinzips nicht so neu, wie es den Anschein hat. Neu ist, daß man ihr, hauptsächlich in der Deutschen Bundesrepublik, den Status einer gesellschaftskritischen Theorie zu verschaffen versucht mit der Folge sich weitender Kontroversen. Tatsächlich besteht die Diffamierung des Leistungsprinzips, seit der Marxismus im Bewußtsein der Arbeitnehmer

die Überzeugung durchsetzte, daß sie auf alle Fälle und immer ausgebeutet seien. So kam es zur verbreiteten »stillen Arbeitszurückhaltung«, die auch so engagiert auf die Arbeitnehmerinteressen bedachte Sozialreformer wie z. B. *Theodor Brauer* beklagten. Wie sehr in England, dem Land ohne marxistische Bewußtseinsmanipulation, die Arbeitsmoral und der Leistungswille zu wünschen übrig lassen, zeigt die Häufung der Streiks seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nicht zufällig bewegt sich England wie auch Italien mit seiner Streikhäufigkeit schon seit längerer Zeit am Rande einer schweren Wirtschaftskrise. Als die Leistungskrise auf der Insel immer offensichtlicher wurde, andererseits die Welt mit Überraschung und Staunen auf das deutsche »Wirtschaftswunder« blickte, schrieb der englische *Economist* (28. 10. 1952) mit dem Blick auf die Situation im eigenen Land: »Es ist nichts Wunderbares in der Erholung Westdeutschlands . . . Die deutsche Wirtschaft hat die unveränderliche Wahrheit des oft vergessenen Grundsatzes bewiesen, daß, abgesehen von besonderen Glücksfällen, der einzige Weg, auf dem ein Land sein Nationaleinkommen erhöhen und damit seinen Lebensstandard verbessern kann, in Arbeiten und Sparen besteht.« Der *Economist* vergißt nicht zu erwähnen: »Erst als die Produktion hoch genug war, setzten die Gewerkschaften ihre Ansprüche auf höhere Löhne durch; bis dahin hatte der Arbeiter sich zu helfen durch Überstunden.« Mit Recht wurde von der Sozialkritik in der BRD hervorgehoben, daß der größte Teil des neu gebildeten Kapitals in den Unternehmerhänden blieb. Allerdings müßte auch gefragt werden, ob das Wirtschafts- und Wohlstandswachstum der späteren Jahre möglich gewesen wäre, wenn nicht die Unternehmenserträge größtenteils zur Selbstfinanzierung verwendet, sondern in Form von Lohneinkommen dem Verbrauch zugeführt worden wären.

Die am Leistungsprinzip orientierte Sozialwirtschaft der freiheitlichen Gesellschaft kann erstaunliche Erfolge für sich buchen. Sie wird sich aber heute selbst zur Gefahr durch das Übermaß der Beanspruchung ihres Leistungsvermögens. Der Indikator für dieses Übermaß ist die Inflation. Diese wird zu einer wachsenden Bedrohung für die soziale Marktwirtschaft wie für die freiheitliche Demokratie. Die Inflation ist der Selbstbetrug, noch nicht erbrachte Leistungen in Einkommensforderungen diskontieren zu können. Die Inflation beeinträchtigt die für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft unerläßlichen festen Kalkulationsgrundlagen. Bei andauernder Instabilität wird die voraussichtliche Geldentwertung in die Preisgestaltung einbezogen, die zum Teil auf diese gestützte Berechnung des Wirtschaftswachstums wird Richtmaß

für die Lohnforderungen. Die Folge ist die permanente Preislohn- und Lohnpreisspirale. Die Demokratie wird, statt Einrichtung zur Mitverantwortung aller an der Gemeinwohlverwirklichung zu sein, ein Mechanismus zur Durchsetzung der Sonderinteressen der stärkeren gesellschaftlichen Interessengruppen. Für die Inflation sind hauptsächlich zwei Ursachen verantwortlich. Die eine besteht in Kaufkraftschüben von überhöhten Einkommen, die nicht durch Produktivitätsleistungen der Volkswirtschaft ihren Ausgleich finden. Die andere liegt in der staatlichen Haushaltspolitik mit ihrem Entgegenkommen gegenüber Großgruppen und damit einhergehenden Kaufkraftschüben. Die inflationistische Wohlstandsgesellschaft hat sich daran gewöhnt, über ihre Verhältnisse zu leben, das heißt leben ohne ein durch wirtschaftliche Leistung erzielt Einkommen. Im Leben des einzelnen muß das zum Ruin führen, nicht minder im Leben der Gesellschaft. Die gesunde, zum kritischen Urteilen befähigte Vernunft weiß darüber klar genug Bescheid. Das Urteil der öffentlichen Meinung ist jedoch vielfachen Möglichkeiten der Manipulation ausgesetzt, namentlich durch mangelhafte oder gelenkte Information. Außerdem ist sozialistischen Parteien und Regierungen gerade die Inflation, um ein Wort von *Marx* zu variieren, »der casus, der sie lachen macht«. Denn die Finanzminister erhalten aus den erhöhten Einkommen erhöhte Steuerbeträge für die sozialistische Gesellschaftspolitik der Regierung. Die Regierung erhält plausible Gründe für je weitere Eingriffe in die Marktwirtschaft. Schon *Lenin* sah in der Inflation einen Weg, der vom Kapitalismus ohne Revolution in den Sozialismus führt.

In der Tat, ein Rückblick auf die ganzen vorangegangenen Überlegungen kann keinen Zweifel darüber lassen, daß das Schicksal der freiheitlichen Gesellschaft unlöslich mit ihrer zukünftigen Haltung gegenüber dem Leistungsprinzip verbunden ist. Seine dem Kultursinn von Arbeit und Wirtschaft widerstrebende Überspannung erfordert eine Neubestimmung: Wirtschaftswachstum kann nicht höchster Lebenssinn sein. Gerade durch diesen Kultursinn ist aber auch die Unterwerfung der Gesellschaft und des Menschen unter die Disziplinierung durch das Leistungsprinzip geboten. Diese Disziplinierung ist etwas ganz anderes als die uneingeschränkte Unterwerfung des Menschen unter das technisch-wirtschaftliche Kalkül. Sie besteht ebenso in der Unterwerfung unter das Kalkül des ganzen Menschseins mit seiner Bestimmung, auch im volkswirtschaftlichen Arbeits- und Leistungsprozeß Vollpersönlichkeit zu sein. Für die unselbständig Erwerbstätigen bedeutet dies die Mitverantwortung und Mitbestimmung auf den drei Ebenen des Betriebes, des

Wirtschaftszweiges und der Volkswirtschaft im ganzen. Um keine Neuaufrollung der Mitbestimmungsfrage kann es sich hier handeln. Auf Betriebsebene würden Gruppen von Arbeitern, zu mitschöpferischer Gruppendynamik verbunden, mitzubestimmen haben, wie sie den Leistungsprozeß ihrer Gruppe organisieren, produktiver gestalten und so auch zu einer leistungsbezogenen Gewinnbeteiligung kommen können. Schon bestehen vielfach Formen solchen Teamworks in großen und mittleren Unternehmen mit sehr beachtenswerten Möglichkeiten des Bewußtseins eines kreativ sinngebenden industriellen Arbeitsethos. Auf der zweiten Ebene, der des Wirtschaftszweiges, üben die Arbeitnehmer heute eine noch weiter zu entwickelnde Mitbestimmung auf paritätischer Grundlage im Tarifvertrag aus. Auf der dritten, der überbetrieblichen wirtschaftspolitischen Ebene ist ein beträchtliches Maß von Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch die Massenparteien gegeben, auch bestehen in manchen Ländern dafür besondere Organe auf paritätischer Grundlage (Formen eines Wirtschafts- und Sozialrates). Für die überbetriebliche Mitbestimmung bringt *A. F. Utz* in dem schon genannten Artikel ein neues und höchst beachtliches Argument. Sie bilde das vordringlichste Problem einer Wirtschaftsethik, die das Privateigentum zur Grundnorm erklärt. Ausgehend vom Gemeinwohl als der Grundnorm aller gesellschaftlichen Ordnung legt er dar: Mit der paritätischen Mitbestimmung versuche man die liberale, von der rationalistischen Naturrechtslehre beherrschte Eigentumskonzeption zu korrigieren. Es werde ein individuelles Naturrecht des Arbeitnehmers vertreten und dieses gegen das individuelle Recht des Eigentümers gestellt. Damit werde, sagt *Utz*, die soziale Note des im Leistungskampf vor sich gehenden Wirtschaftsprozesses just auf einem Gebiet gesucht, wo sie nicht so akzentuiert gesucht werden sollte: auf dem des Unternehmens. Das Ordnungsprinzip des Gemeinwohls weise vor allem auf die Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene hin.

Ist aber nicht nach neuesten Erkenntnissen der Ökologie die Leistungsgesellschaft in ein für sie unlösliches Dilemma verwickelt? Ökologisch gesehen, sei die industrielle Leistungsgesellschaft für die Umweltverschmutzung, zugleich aber für das Bevölkerungswachstum verantwortlich, das zu immer weiterer Intensivierung des industriellen Leistungssystems und daher zu weiterer Umweltverschmutzung führen müsse. Tatsächlich hat erst das Industriesystem ein enormes Bevölkerungswachstum ermöglicht und begünstigt. Als typisch dafür kann die Bevölkerungszunahme Deutschlands und Englands gelten. Deutschlands Bevölkerung stieg im vorindustriellen 18. Jahrhundert von 15 auf 22 Millionen,

im industriellen 19. Jahrhundert von 22 auf 66 Millionen, die Englands in den respektiven Jahrhunderten von 6 auf 9 Millionen und von 9 auf 33 Millionen. So bekannte Ökologen wie *P. R. Ehrlich* und *A. E. Ehrlich* (Bevölkerungswachstum und Umweltkrise, aus dem Amerikanischen, 1972) sehen keinen Ausweg aus dem erwähnten Dilemma als den, daß der Gesetzgeber dem Bevölkerungswachstum Grenzen setzt, eine Weltautorität das zulässige Bevölkerungswachstum festlegt und auf behördlichem Weg die Einhaltung der zulässigen Kinderzahl sichert. Das Irreale einer solchen Lösung mag daraus ersehen werden, daß die Überzeugung allgemein ist, daß alle heutigen Maßnahmen zur Beschränkung der Bevölkerungsvermehrung zu spät kommen, weil die Entwicklung zu weit fortgeschritten ist. Dafür spricht ganz eindeutig das Urteil des Internationalen Arbeitsamtes, daß im gegenwärtigen Jahrzehnt 230 Millionen Arbeitsplätze für die heranwachsende Jugend in den Entwicklungsländern geschaffen werden müssen, was eine Aufgabe von »nahezu unvorstellbaren Dimensionen« darstelle. Wie sie bewältigt werden soll, ist das Geheimnis der beiden genannten Autoren, zumal sie den Entwicklungsländern nur eine agrarische Entwicklung zugestehen wollen, außerdem den hochentwickelten Ländern eine rückläufige Industrieentwicklung (de-development) empfehlen. Die Verknennung der Notwendigkeit weiteren Wirtschaftswachstums ist auch eine der Schwächen des viel erörterten Programms des »Klubs von Rom« und seines Buches »Die Grenzen des Wachstums« (1972). Ähnlich wie die beiden *Ehrlich* hält der Klub von Rom eine Begrenzung der Kinderzahl je Familie auf zwei, jedoch bei gleichmäßiger Ausdehnung der Industrialisierung auf die ganze Welt für unerlässlich unter gleichzeitiger Beendigung jeden Wirtschaftswachstums in den industriell fortgeschrittenen Ländern. Nur so könne der Umweltverschmutzung Einhalt geboten, der drohenden Erschöpfung der Rohstoffquellen vorgebeugt und der Menschheit im ganzen ein lebenswertes Leben gewährleistet werden. Die wichtigsten in diesem Programm vorgeschlagenen Maßnahmen müßten schon vor der Jahrhundertwende in Wirksamkeit treten, sonst sei die erforderliche Wende zur Rettung der Menschheit nicht mehr zu erwarten. Die Verfasser der »Grenzen des Wachstums«, *D. H. Meadows* und *D. L. Meadows*, Mitglieder des hochangesehenen Massachusetts Institute of Technology (MIT), schlagen keine Bevormundung der Menschheit durch Behörden mit diktatorischen Befugnissen vor, sie vertrauen offenbar auf die Vernunft und ihre Einsicht in die für die Überlebenschance der Menschheit unerlässlichen neuen Haltungen. Vielleicht ist die Herausforderung an die Vernunft nicht so

groß, wie es scheint, nämlich im Falle, daß die mit Computern errechnete Welt weit genug von der künftigen Wirklichkeit abliegt. Dafür dürften Gründe bestehen. Denn der Mensch hat sich nicht nur an die von ihm geschaffene Umwelt in hohem Maße anpassungsfähig erwiesen, wie hätten sonst Großstadtbewohner so lange überlebt. Außerdem verfügt er über nur ihm gegebene Kräfte der Korrektur von Fehlentwicklungen in der Umweltgestaltung, was kaum jemand bezweifelt trotz des Streites, wer die Kosten zu tragen hat. Auch die Möglichkeit der fortschreitenden Ersetzung von Naturstoffen durch Kunststoffe, wie sich auf vielen Gebieten der industriellen Produktion zeigt, ist in Rechnung zu stellen. Eines ist jedenfalls gewiß: Die mit der Überlebenschance der Menschheit gestellten Aufgaben lassen nicht nur kein Zurückgehen des für ein lebenswertes Leben erforderlichen Leistungsausmaßes erwarten, sondern weisen auf höhere Leistungsanforderungen hin. Ein zweites ist gewiß: daß die vielleicht wichtigste von der freien Gesellschaft geforderte Leistung die Besinnung und Umstellung auf ein Wertsystem sein wird, in dem das Augenmaß für das wahrhaft Menschliche und für das den Kultursinn von Arbeit, Technik, Wirtschaft und Wohlstand Gemäße vorherrscht.